

Mit vereinten Kräften

Im IT-Bereich blickt die interkommunale Zusammenarbeit auf eine lange Tradition zurück und hat angesichts klammer Kassen eine große Zukunft. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Herangehensweisen, etwa hinsichtlich der Wahl der Partner oder der Rechtsform.

Ohne interkommunale Zusammenarbeit wäre IT heute nicht mehr bezahlbar, meint Wilfried Kruse, Vorstandsvorsitzender der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako. Deshalb gewinnen interkommunale Kooperationen im IT-Bereich immer mehr an Bedeutung. Und das nicht erst im Zuge der Wirtschaftskrise. Uwe Ufer, Bürgermeister der Stadt Hückeswagen, begründet dies folgendermaßen: „Zukünftig sind Spielräume für Städte und Gemeinden nur noch vorhanden, wenn man Kräfte bündelt.“ Meist sind bei Kooperationen auch kommunale IT-Dienstleister mit im Boot. Professor Andreas Engel, KDN-Geschäftsführer und IT-Leiter der Stadt Köln, spricht von einer beeindruckenden Zahl rechtlich verbindlicher Zusammenschlüsse und Fusionen in jüngster Vergangenheit. Als Beispiele nennt er unter anderem die Fusion der KDVZ Neuss und der IT der Stadt Düsseldorf (siehe auch Seite 20), den Beitritt der Stadt Solingen zur Datenzentrale in Siegburg (siehe auch Seite 24), die Gründung eines gemeinsamen IT-Dienstleisters durch die Städte

Erlangen, Fürth und Schwabach, die erste kommunale IT-Genossenschaft in Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation kommunaler IT-Dienstleister unter dem Dach des KDN (siehe auch Seite 22).

Hauptantriebsfeder all dieser Aktivitäten sind laut Engel die Verbesserung der Effektivität, Kosten-



IT-Kooperationen: Zusammen stark sein.

einsparungen sowie eine stärkere Spezialisierung und Arbeitsteilung bei der Bewältigung immer zahlreicher Projekte mit wachsender technologischer Komplexität unter zunehmend schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen. Holger Platz, Beigeordneter in Magdeburg, formuliert das so: „Die Elektronisierung der Verwaltungsprozesse erfordert spezielle Kenntnisse einzelner Mitarbeiter der kommunalen IT-Dienstleister. Die müssen wir

nicht an allen Standorten vorhalten.“ Es sei wesentlich effizienter, Expertise für ein Spezialgebiet an jeweils einem Standort zu bündeln und den Kommunen das Wissen von dort aus zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund haben die Städte Magdeburg, Leipzig und Dresden sowie deren kommunale IT-Dienstleister KID Magdeburg,

Lecos und Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen Dresden im Dezember vergangenen Jahres eine Kooperation vereinbart. Laut Lecos-Geschäftsführer Peter Kühne überlegen die drei Dienstleister bereits seit mehreren Jahren, inwiefern die durch den Föderalismus bedingte Kleinstaaterei im kommunalen IT-Dienstleistungsbereich minimiert werden könne.

Leider lasse das Vergaberecht hier nur wenig Spielraum. Kühne: „Eine Fusion kommunaler IT-Service-Provider ist eines der komplexesten Themenfelder im Zuge interkommunaler Zusammenarbeit. Die Städte Magdeburg, Dresden und Leipzig und deren IT-Dienstleister haben sich deshalb entschlossen, zunächst auf Ebene einer Kooperation im IT-Bereich verstärkt zusammenzuarbeiten.“ Die Ergebnisse würden zeigen, inwiefern ein weite-

res und näheres Zusammenrücken nicht nur sinnvoll, sondern auch umsetzbar ist. Zunächst einmal sollen Einkaufsvorteile genutzt und ausgewählte Themenfelder gemeinsam betrachtet werden.

Einen Schritt weiter sind die Stadt Magdeburg, der IT-Dienstleister KID Magdeburg und die Gemeinde Barleben gegangen. Um die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich IT zu fördern, haben sie Ende 2009 eine Genossenschaft gegründet. „Die Kommunen können, sofern es die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Genossenschaftsmitglieder nicht benachteiligt, jederzeit Aufgaben auf die Kommunale IT-Union (KITU) übertragen und wieder zurückholen. Dies stellt sich sowohl gegenüber der Rechtsform eines Zweckverbandes als auch gegenüber einem üblichen Outsourcing-Prozess an einen externen Dienstleister als erheblicher Vorteil dar“, erläutert KITU-Vorstand und Geschäftsführer von KID Magdeburg Michael Wandersleb. Die Konstruktion der Kommunalen IT-Union, für die weitere Mitglieder gewonnen werden sollen, erlaube es, dass Kommunen flexibel und Schritt für Schritt den Betrieb ihrer IT übergeben und/oder optimieren

können, ohne zu viele Kompromisse hinsichtlich ihrer vorhandenen Strukturen eingehen zu müssen. Bereits getätigte Investitionen würden dabei ebenso berücksichtigt wie individuelle Bedürfnisse der Verwaltungen. Die Genossenschaft wird in Zusammenarbeit mit KID Magdeburg IT-Lösungen entwickeln und diese den Mitgliedern zur Verfügung stellen. Als erste konkrete Projekte sind unter anderem ein elektronisches Meldeportal, ein elektronisches Personenstandsregister sowie eine Einkaufsgemeinschaft für Hard- und Software vorgesehen. Perspektivisch werden ein gemeinsamer Hardware- und Software-Support sowie eine gemeinsame Anwendungsbetreuung kommunaler Kernverfahren, sofern diese identisch sind, angestrebt.

Während man sich in Sachsen-Anhalt für die Gründung einer Genossenschaft entschieden hat, haben die fränkischen Städte Fürth, Erlangen und Schwabach als Gesellschaftsform eine Anstalt des öffentlichen Rechts gewählt. Im Kommunalen Betrieb für Informationstechnik (KommunalBIT) haben die drei Kommunen zum 1. Januar 2010 ihre Ämter für Informationstechnik gebündelt. Vorstand Walter Brosig, früher Leiter des Amtes für Informationstechnik der Stadt Erlangen, sagt: „KommunalBIT stellt für die drei Städte alle Dienstleistungen für Informations- und Kommunikationstechnik bereit, ohne die Stadtverwaltungen heute nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können. Dabei werden Skalen- und Synergieeffekte ausgeschöpft, die Steuerung und Verantwortung bleiben aber dennoch in öffentlicher Hand.“ Am Dienstsitz in Fürth sind künftig 60 Mitarbeiter für die Betreuung ►

Link-Tipp

Weitere Informationen zu den genannten IT-Kooperationen und der Abschlussbericht zum Modellprojekt Shared Services sind zu finden unter:

- www.itk-rheinland.de
- www.civitec.de
- www.kdn.de
- www.kitu-genossenschaft.de
- www.kommunalbit.de
- www.hückeswagen.de

Den Deep Link finden Sie unter www.kommune21.de.

von rund 3.000 PC-Arbeitsplätzen zuständig, für die Stadt Erlangen wird zusätzlich die IT-Ausstattung der Schulen (circa 2.500 PC-Plätze) beschafft und betreut.

In Nordrhein-Westfalen scheinen die IT-Kooperationen besonders zahlreich zu sein. Allerdings ist die kommunale IT-Landschaft hier auch besonders stark zergliedert. Laut Wilfried Kruse, nicht nur Vitako-Vorstand, sondern auch Organisations-, Personal-, IT- und Wirtschaftsförderungszernent bei der Stadt Düsseldorf, gilt es, die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der kommunalen IT-Landschaft konsequent weiterzuentwickeln, zu optimieren und soweit erforderlich neu zu ordnen, damit sie langfristig den Anforderungen einer modernen, vernetzten, bürgerorientierten und wirtschaftlichen Verwaltung gerecht werden. Kommunale IT-Dienstleister in NRW bündeln also ihre Kräfte und auch Städte, Gemeinden und Kreise erproben neue Kooperationsmodelle – oft mit Unterstützung von IT-Dienstleistern. So arbeiten im Rahmen des Modellvorhabens Vernetzte Verwaltung insgesamt 13 Kommunen noch bis zum Sommer in den Teilprojekten Personalverwaltung, digitale Postbearbeitung, Finanz-Management und verbesserte Wirtschaftlichkeit des kommunalen Leistungsangebots zusammen (siehe dazu auch *Kommune21 1/2010, Seite 12*). Die Einrichtung einer Servicestelle Personal oder eines gemeinsamen Finanzzentrums verdeutlichen den Erfolg der interkommunalen Zusammenarbeit, auch wenn der Weg dorthin manchmal steinig war. So ist neben rechtlichen und technischen Aspekte der Faktor Mensch zu berücksichtigen, denn mit Verän-

derungen sind immer auch Ängste, Sorgen und Verunsicherungen verbunden. Nicht zuletzt setzen derartige Projekte Veränderungsbereitschaft voraus, die von der Verwaltungsspitze vorgelebt und von den politischen Gremien mitgetragen werden muss.

Ähnliche Erfahrungen wurden auch im Rahmen eines anderen nordrhein-westfälischen Projekts gemacht. Im Zuge des Modellvorhabens Shared Services haben die vier oberbergischen Kommunen Hückeswagen, Wipperfürth, Radevormwald und Marienheide erprobt, welche Verwaltungsaufgaben in Shared-Services-Einheiten zusammengefasst werden können. In dem Abschlussbericht heißt es, in den sechs Einzelprojekten habe sich neben zahlreichen immateriellen Vorteilen ein jährliches Einsparvolumen von 1,5 Millionen Euro ergeben. Dieses resultiere aus der Zusammenlegung mehrerer Organisationseinheiten, die mit höheren personellen und sachlichen Kapazitäten verbunden ist, und ihrer Optimierung. Positive Ergebnisse also. Aufwand und Schwierigkeiten sollten jedoch nicht unterschätzt werden, meint Uwe Ufer, Bürgermeister der Stadt Hückeswagen. Als Gründe für den größeren Aufwand werden in dem Abschlussbericht unter anderem die Vielzahl der Beteiligten, juristische Komponenten sowie politische Einflüsse genannt. Letzteres kann Uwe Ufer unterschreiben: „Gerade die notwendige Beteiligung der Politik an dem Entscheidungsprozess hat in vielen Bereichen zu Verzögerungen geführt. Dabei müssen oftmals Befindlichkeiten berücksichtigt werden, die nicht immer mit sachlichen Argumenten gefasst werden können. In unserem konkreten Fall haben

Schwierigkeiten in der Abstimmung sogar dazu geführt, dass ein Partner sich überhaupt nicht mehr an den Ergebnissen des Projektes beteiligt.“ Dennoch haben die Ergebnisse laut Ufer den Aufwand und die Schwierigkeiten gerechtfertigt. So arbeite eine zentrale Vergabestelle für die drei verbleibenden Kommunen bereits seit längerer Zeit erfolgreich, ein zentrales Gebäude-Management und eine zentrale Vollstreckung befänden sich momentan in der Einrichtung. Zudem seien die Arbeiten zur Errichtung eines gemeinsamen Bauhofes für zwei Kommunen in vollem Gange. Das Modellprojekt Shared Services hat sich, so Ufer, als zukunftsweisendes Konzept erwiesen, das gerade in Zeiten leerer Kassen neue Spielräume für Kommunen eröffnet.

Die Beispiele zeigen, dass ganz unterschiedliche Wege zu einer IT-Kooperation gewählt werden und die Rechts- und Organisationsformen sehr verschieden sind. Der Kölner IT-Leiter Andreas Engel sieht hier allerdings auch ein zentrales Problem: Die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien höchst unterschiedlich und behinderten oder begünstigten Erfolg und Wirkungskreis von IT-Allianzen. Hinzu kämen landesrechtliche Rahmenbedingungen, die ungleiche Handlungs- und Geschäftsspielräume eröffneten. Laut Engel fehlt ein einheitliches, verlässliches, gleiche Chancen schaffendes Korporations- und Wettbewerbsrecht für kommunale IT-Dienstleister, das die Rahmenbedingungen für interkommunale Zusammenarbeit im IT-Bereich verbessert.

Alexandra Reiter